

Handlungsbedarf in der Automobilindustrie ist groß

19.8.2026 - Aneta Ufert | Bayerische Staatsregierung

MÜNCHEN Eine Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation bestätigt den enormen Veränderungsdruck, unter dem die deutsche Automobilindustrie steht. Wenn sich an den politischen Rahmenbedingungen nichts ändert, drohen bis 2040 europaweit Verluste von 726.000 Arbeitsplätzen und gegenüber 2025 rund 95 Milliarden Euro weniger Wertschöpfung pro Jahr allein im Bereich des automobilen Antriebsstrangs.

Für Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bestätigt die Studie die Notwendigkeit, die Wirtschaft bei ihrer Transformation zu unterstützen, statt ihr weitere Lasten aufzubürden: „Wir dürfen unsere Autoindustrie nicht mit unrealistischen Vorgaben kaputtregulieren. Wer Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland halten will, muss den Unternehmen einen machbaren Weg ermöglichen. Dazu gehört, dass wir unsere weltweit führenden Kompetenzen bei modernen Verbrennungsmotoren und Plug-in-Hybriden nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Das faktische Verbrenner-Aus ab 2035 muss deshalb vom Tisch. Die Studie zeigt: Technologieoffenheit verschafft uns die nötige Zeit, um Arbeitsplätze, industrielle Wertschöpfung und technologische Kompetenz in Deutschland zu halten.“

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., drängt auf eine rasche Verbesserung der Rahmenbedingungen insgesamt: „Die EU hat zu Recht erkannt, dass jetzt gehandelt werden muss, um industrielle Produktion am Standort zu halten und eine Re-Industrialisierung einzuleiten. Ganz entscheidend ist dabei eines: die Schaffung international wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen. Beihilferegulungen müssen so angepasst werden, dass der deutsche Industriestrompreis eine echte Entlastung für das produzierende Gewerbe bewirken kann. Ergänzend dazu muss die EU den Carbon Leakage-Schutz ausbauen, statt Benchmarks im Emissionshandel zu verschärfen. Darüber hinaus brauchen wir einen strukturellen, wirksamen Bürokratieabbau auf EU-Ebene. Nur mit besseren Rahmenbedingungen lässt sich das Blatt für den Automobilstandort Europa noch wenden, wie die Studie deutlich zeigt.“

Aiwanger betont: „Deutschland darf bei den Technologien der Zukunft nicht zum Zuschauer werden. Wir müssen bei autonomem Fahren, Künstlicher Intelligenz und neuen digitalen Geschäftsmodellen vorne mitspielen. Hier entstehen die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung von morgen. Unser Ziel muss sein, dass diese Technologien nicht nur in Deutschland erforscht, sondern auch entwickelt, produziert und auf den Markt gebracht werden. Gleichzeitig müssen wir bei der Batterietechnologie aufholen und eine starke europäische Wertschöpfung aufbauen. Wer bei Software, Daten und Batterien den Anschluss verliert, verliert am Ende auch einen wichtigen Teil der Automobilindustrie.“

Brossardt ergänzt: „Forschung und Entwicklung sind echte Stärken, auf denen wir auch in Zukunft aufbauen können, aber wir brauchen auch die Umsetzung in wertschöpfende Innovationen am Standort. Damit Investitionen in Deutschland wieder attraktiv werden, müssen wir schnell weitere Reformen anstoßen, etwa in der Unternehmensbesteuerung sowie bei den Energie- und Arbeitskosten.“

Die aktuellen Entwicklungen zeigen: Die Automobilindustrie braucht verlässliche Rahmen-

bedingungen statt immer neuer Vorgaben. Technologieoffenheit, innovationsfreundliche Regulierung und der Erhalt industrieller Kompetenzen sind entscheidend, damit Deutschland auch künftig ein starker Automobilstandort bleibt. Nur so lassen sich Arbeitsplätze sichern, Wertschöpfung im Land halten und unsere technologische Spitzenposition behaupten.

Ansprechpartnerin:

Dr. Aneta Ufert

Stellv. Pressesprecherin

<https://www.bayern.de/handlungsbedarf-in-der-automobilindustrie-ist-gro>